

Satzung Nr. 02 / 13.07.2017

Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen für Amtshandlungen der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (Gebührensatzung – GebS)

Vom 30. März 2017
(AMBI 2017, S. 10)

geändert durch Satzung vom 13. Juli 2017
(AMBI 2017, S. 42)

**Bayerische Landeszentrale
für neue Medien**

Rechtsfähige Anstalt des
öffentlichen Rechts
Heinrich-Lübke-Straße 27
81737 München

Tel. 089 63808-0
Fax 089 63808-140
info@blm.de
www.blm.de

**Satzung über die Erhebung von
Gebühren und Auslagen für
Amtshandlungen der Bayerischen
Landeszentrale für neue Medien
(Gebührensatzung – GebS)**

**Vom 30. März 2017
(AMBI 2017, S. 10)**

**geändert durch Satzung vom
13. Juli 2017
(AMBI 2017, S. 42)**

Auf Grund des Art. 22 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Entwicklung, Förderung und Veranstaltung privater Rundfunkangebote und anderer Telemedien in Bayern (Bayerisches Mediengesetz – BayMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBl. S. 799, BayRS 2251-4-S), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2016 (GVBl. S. 427, ber. GVBl. 2017, S. 17) und auf Grund Art. 5 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes zur Ausführung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Ausführungsgesetz Rundfunk – AGRf) vom 24. Juli 2003 (GVBl. S. 477, 480, BayRS 2251-11-S/W), zuletzt geändert durch Gesetz vom 12. Juli 2016 (GVBl. S. 159), erlässt die Bayerische Landeszentrale für neue Medien (Landeszentrale) folgende Satzung:

Inhaltsübersicht

Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften

- § 1 Amtshandlung, Kostengläubiger
- § 2 Sachliche Kostenfreiheit
- § 3 Persönliche Gebührenfreiheit

Zweiter Abschnitt
Kosten der Amtshandlungen

- § 4 Kostenverzeichnis und Gebührenbemessung
- § 5 Sonstige Vorschriften

Dritter Abschnitt
Schlussbestimmung

- § 6 Inkrafttreten
- § 7 Außerkrafttreten

Anlage zur GebS: Kostenverzeichnis

Erster Abschnitt
Allgemeine Vorschriften

§ 1
Amtshandlung, Kostengläubiger

¹Für Tätigkeiten in Ausübung hoheitlicher Gewalt (Amtshandlung) erhebt die Landeszentrale Kosten (Gebühren und Auslagen) nach den Vorschriften dieser Satzung, soweit nicht die Satzung zur Erhebung von Kosten im Bereich des bundesweiten privaten Rundfunks vom 19. November 2009 (StAnz Nr. 48) einschlägig ist. ²Programmgestaltende Entscheidungen der Landeszentrale wie die Genehmigung von Programmänderungen, die Anordnung oder die Genehmigung von Zulieferungen, Entscheidungen über Gendarstellungen oder Anordnungen gem. Art. 16 Abs. 3 BayMG sowie die Überprüfung der Sendefähigkeit von Beiträgen sind keine Amtshandlungen im Sinn des Satzes 1.

§ 2 Sachliche Kostenfreiheit

- (1) ¹Kosten werden nicht erhoben für
1. Amtshandlungen, die überwiegend im öffentlichen Interesse von Amts wegen vorgenommen werden;
 2. Entscheidungen über Programm- oder Technikförderung;
 3. Entscheidungen über die Erhebung und die Verteilung des Finanzierungsbeitrags;
 4. Amtshandlungen bei der Wahlprüfung des Medienrats oder des Verwaltungsrats;
 5. Auskünfte einfacher Art;
 6. die Anforderung von Kosten und Kostenvorschüssen;
 7. die Anforderung von Zinsen oder Säumniszuschlägen;
 8. die Entscheidung über Gegenstellungen, Aufsichtsbeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden oder Beschwerden nach Art. 17 BayMG;
 9. das Verfahren über die Anordnung der sofortigen Vollziehung oder über die Aussetzung der Vollziehung nach §§ 80 und 80a VwGO.

²Von der Erhebung der Kosten kann abgesehen werden, soweit sie der Billigkeit widerspricht.

(2) Auch bei Kostenfreiheit nach Absatz 1 können Auslagen im Sinn des § 5 Nr. 4, die durch unbegründete Einwendungen Beteiligter oder durch das Verschulden Beteiligter oder Dritter entstanden sind, diesen auferlegt werden.

§ 3 Persönliche Gebührenfreiheit

Von der Zahlung der Gebühren befreit sind Anbietervereine im Sinn des § 8 Abs. 1 der Satzung über die Nutzung von Sende- und Übertragungskapazitäten für Zwecke der Aus- und Fortbildung nach

dem Bayerischen Mediengesetz (AFK-Satzung).

Zweiter Abschnitt **Kosten der Amtshandlungen**

§ 4 Kostenverzeichnis und Gebührenbemessung

(1) Für Amtshandlungen werden Gebühren nach dem Kostenverzeichnis erhoben, das als Anlage Bestandteil dieser Satzung ist.

(2) Enthält das Kostenverzeichnis keine Festgebühr, sondern nur eine Rahmengebühr, so ist die Höhe der Gebühr nach dem Verwaltungsaufwand und der Bedeutung der Angelegenheit, insbesondere dem wirtschaftlichen oder sonstigen Interesse des Kostenschuldners, zu bemessen.

(3) ¹Die Höhe der Gebühr bemisst sich nach dem Kostenverzeichnis. ²Für Amtshandlungen, die nicht im Kostenverzeichnis enthalten sind, wird eine Gebühr erhoben, die nach im Kostenverzeichnis bewerteten vergleichbaren Amtshandlungen zu bemessen ist.

4) Für Amtshandlungen gegenüber gemeinnützigen Anbietern kann die festzusetzende Gebühr bis auf die Hälfte ermäßigt werden.

§ 5 Sonstige Vorschriften

Im Übrigen finden die Vorschriften des

1. Art. 2 des Kostengesetzes (Kostenschuldner),
2. Art. 7 des Kostengesetzes (Mehrere Amtshandlungen),

3. Art. 8 des Kostengesetzes
(Kosten bei Ablehnung, Zurücknahme
oder Erledigung eines Antrags),
4. Art. 10 des Kostengesetzes
(Auslagen),
5. Art. 11 des Kostengesetzes
(Entstehung des Kostenanspruchs),
6. Art. 12 des Kostengesetzes
(Kostenentscheidung, Rechtsbehelf),
7. Art. 13 des Kostengesetzes
(Festsetzungsverjährung),
8. Art. 14 des Kostengesetzes
(Kostenvorschuss, Zurückbehaltung),
9. Art. 15 des Kostengesetzes
(Fälligkeit),
10. Art. 16 des Kostengesetzes
(Billigkeitsmaßnahmen, Nieder-
schlagung),
11. Art. 17 des Kostengesetzes
(Zinsen),
12. Art. 18 des Kostengesetzes
(Säumniszuschläge) und
13. Art. 19 des Kostengesetzes
(Zahlungsverjährung)

AGStV Mediend. und Jugendmediensch.
(Gebührensatzung AGStV) vom 7. Okto-
ber 2004 (StAnz Nr. 42) außer Kraft.

entsprechende Anwendung.

Dritter Abschnitt **Schlussbestimmung**

§ 6 **Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

¹Diese Satzung tritt am 31. März 2017 in Kraft.^{*)} ²Gleichzeitig treten die Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen nach dem Bayerischen Mediengesetz (Gebührensatzung – GebS) vom 22. März 2001 (StAnz Nr. 13, ber. Nr. 16), zuletzt geändert durch Satzung vom 9. Dezember 2010 (StAnz Nr. 50), und die Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auslagen im Vollzug des

*) Diese Inkrafttretensregelung bezieht sich auf die Ursprungsfassung der Satzung. Das Inkrafttreten der Änderungen ergibt sich aus der Inkrafttretensregelung der Änderungssatzung.

Anlage

Die Gebühren des Kostenverzeichnisses für Kapazitätszuweisungen gelten für die vollständige Kapazitätsnutzung.

Kostenverzeichnis

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
1.	Allgemeines	
1.1	Anordnung nach Art. 16 Abs. 1 Satz 1 BayMG	50,- bis 100.000,-
1.2	Genehmigungserweiterung, insbesondere Sendezeit- oder Gebietserweiterung	50,- bis 10.000,-
1.3	Widerruf von Genehmigungen	500,- bis 3.000,-
1.4	Widerruf einer Zuweisung von Übertragungskapazitäten	500,- bis 1.500,-
1.5	Widerruf einer Zuweisung von Übertragungskapazitäten in Zusammenhang mit einem Genehmigungswiderruf	zusätzlich zu Nr. 1.3 100,- bis 500,-
1.6	Rückforderung von Fördermittel gemäß Art. 49 Abs. 2a BayVwVfG	50,- bis 250,-
1.7	Beanstandung von Rechtsverstößen im Programm nach dem BayMG	
1.7.1	Hörfunk	200,- bis 500,-
1.7.2	Fernsehen	350,- bis 1.000,-
2.	Fernsehen	
2.1	Terrestrische Verbreitung bundesweiter Fernsehprogramme	
2.1.1	Zuweisung von Übertragungskapazitäten	10.000,- bis 50.000,-
2.1.2	Verlängerung einer Zuweisung	10.000,- bis 50.000,-
2.2	Landesweite Fernsehfenster	
2.2.1	Genehmigung gemäß Art. 26 Abs. 1 Satz 1 BayMG mit Zuweisung von Übertragungskapazitäten	je halbe Stunde Sendezeit pro Woche 2.500,-
2.2.2	Verlängerung der Zuweisung gemäß Art. 26 Abs. 2 Satz 4 BayMG	je halbe Stunde Sendezeit pro Woche 2.500,-

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
2.3	Genehmigung von lokalen/regionalen/landesweiten Fernsehprogrammen ohne Zuweisung von Übertragungskapazitäten	
2.3.1	in Kabelanlagen mit bis zu 999 angeschlossenen Wohneinheiten oder für IP Stream mit bis zu 10.000 gleichzeitigen Nutzungen	500,- bis 750,-
2.3.2	in Kabelanlagen mit bis zu 5.000 angeschlossenen Wohneinheiten oder für IP Stream mit bis zu 50.000 gleichzeitigen Nutzungen	1.000,- bis 1.250,-
2.3.3	in Kabelanlagen mit bis zu 10.000 angeschlossenen Wohneinheiten oder für IP Stream mit bis zu 100.000 gleichzeitigen Nutzungen	2.500,- bis 3.000,-
2.3.4	in allen übrigen Fällen	10.000,- bis 12.500,-
2.4	Genehmigung von lokalen/regionalen Fernsehprogrammen mit Zuweisung von Übertragungskapazitäten	
2.4.1	Genehmigung	8.000,- bis 10.000,-
2.4.2	Zuweisung	je Übertragungsweg 1.000,-
2.4.3	Verlängerung der Zuweisung	10.000,- bis 12.500,-
2.5	Entscheidungen über die Zusammenarbeit von Anbietern	
2.5.1	Genehmigung einer Anbietergesellschaft oder -gemeinschaft nach Art. 25 Abs. 3 Satz 2 BayMG, wenn nicht im Zusammenhang mit einer Genehmigung nach Nr. 2.4.1	500,-
2.5.2	Untersagung einer Zusammenarbeit benachbarter Sendestandorte gemäß Art. 25 Abs. 4 Satz 1 BayMG	1.000,-
2.5.3	Bescheinigung der Unbedenklichkeit der Zusammenarbeit nach Art. 25 Abs. 4 Satz 2 BayMG	100,-
2.6	Genehmigung gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 BayMG	
2.6.1	Genehmigung gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayMG	200,- bis 800,-
2.6.2	Genehmigung gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BayMG	300,- bis 1.500,-
2.7	Bescheinigung der Unbedenklichkeit einer Änderung der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse	100,- bis 4.000,-

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
3.	Hörfunk	
3.1	Genehmigung von Hörfunkprogrammen ohne Zuweisung von Übertragungskapazitäten	1.000,- bis 2.500,-
3.2	Genehmigung von Hörfunkprogrammen mit Zuweisung von Übertragungskapazitäten	
3.2.1	für ein Hörfunkprogramm einer landesweiten UKW-Hörfunksenderkette	50.000,- bis 60.000,-
3.2.2	für ein Hörfunkprogramm einer landesweiten DAB-Hörfunksenderkette	8.000,- bis 20.000,-
3.2.3	für ein lokales/regionales Hörfunkprogramm	1.000,- bis 10.000,-
3.2.4	Die Gebühr für die Verlängerung einer Zuweisung von Übertragungskapazitäten entspricht den Gebühren nach Nrn. 3.2.1 bis 3.2.3	
3.3	Entscheidungen über die Zusammenarbeit von Anbietern	
3.3.1	Genehmigung einer Anbietersgesellschaft oder -gemeinschaft nach Art. 25 Abs. 3 Satz 2 BayMG, wenn nicht im Zusammenhang mit einer Genehmigung nach Nr. 3.2	500,-
3.3.2	Untersagung einer Zusammenarbeit benachbarter Sendestandorte gem. Art. 25 Abs. 4 Satz 1 BayMG	1.000,-
3.3.3	Bescheinigung der Unbedenklichkeit der Zusammenarbeit nach Art. 25 Abs. 4 Satz 2 BayMG	100,-
3.4	Genehmigung gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 BayMG	
3.4.1	Genehmigung gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 BayMG	200,- bis 800,-
3.4.2	Genehmigung gemäß Art. 26 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2 BayMG	300,- bis 1.500,-
3.5	Bescheinigung der Unbedenklichkeit einer Änderung der Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse	100,- bis 4.000,-
3.6	Zuweisung von Übertragungskapazitäten gemäß Art. 3 Abs. 2 Satz 2 BayMG	1.500,-
3.7	Zuweisung von Füllsenderfrequenzen	250,- bis 1.000,-
3.8	Nachträgliche Zuweisung weiterer Übertragungskapazitäten	500,- bis 5.000,-
4.	Weiterverbreitung	
4.1	Genehmigung der zeitversetzten oder unvollständigen Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen gemäß Art. 35 Abs. 4 BayMG	1.000,- je Programm

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
4.2	Untersagung der Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen	1.500,- je Programm
5.	Vollzug des JMStV gegenüber Anbietern von lokalen, regionalen oder landesweiten Rundfunkangeboten	
5.1	Anerkennung einer Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle	1.000,- bis 10.000,-
5.2	Prüfung und Genehmigung einer Verschlüsselungs- und Vorsperrungstechnik	1.000,- bis 10.000,-
5.3	Festlegung von Sendezeiten im Einzelfall gemäß § 8 JMStV	100,- bis 1.000,-
5.4	Festlegung von Ausnahmen im Einzelfall gemäß § 9 Abs. 1 JMStV	100,- bis 1.000,-
5.5	Beanstandung eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des JMStV oder Anordnung einer Maßnahme auf der Grundlage des Jugendmedienschutz-Staatsvertrages	100,- bis 3.000,-
6.	Vollzug der KBS	
6.1	Bestimmung als nach § 6 Abs. 1 Nr. 4 bis 8 KBS zu berücksichtigendes Programm gemäß § 8 Satz 1 KBS	5.000,-
6.2	Untersagung der Programmeinspeisung gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 KBS	1.500,-
6.3	Bestätigung der medienrechtlichen Unbedenklichkeit von Kanalbelegungsanzeigen gemäß § 5 Abs. 3 KBS	100,- bis 5.000,-
7.	Amtshandlungen nach dem JMStV bei Angeboten von lokalen, regionalen und landesweiten Telemedien	
7.1	Anerkennung einer Einrichtung der Freiwilligen Selbstkontrolle nach Art. 2 Abs. 1 Satz 2 AGRf, § 19 JMStV	1.000,- bis 10.000,-
7.2	Prüfung und Genehmigung einer Verschlüsselungs- und Vorsperrtechnik	1.000,- bis 10.000,-
8.	Aufsichtsmaßnahmen nach § 59 Abs. 3 RStV	
8.1	Beanstandung eines Verstoßes gegen Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags	250,- bis 1.000,-
8.2	Untersagung eines Angebots wegen Verstoß gegen Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags	500,- bis 1.500,-
8.3	Sperrung eines Angebots wegen Verstoß gegen Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags	500,- bis 1.500,-
8.4	Anordnung einer sonstigen Maßnahme wegen Verstoß gegen Bestimmungen des Jugendmedienschutz-Staatsvertrags	250,- bis 1.500,-

Lfd. Nr.	Gebührentatbestand	Gebühr in Euro
8.5	Beanstandung eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des § 55 Abs. 1 RStV	50,- bis 150,-
8.6	Anordnung einer sonstigen Maßnahme wegen Verstoß gegen die Bestimmungen des § 55 Abs. 1 RStV	100,- bis 1.000,-
8.7	Beanstandung eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des § 58 Abs. 1 bis 3 RStV	50,- bis 1.000,-
8.8	Anordnung einer sonstigen Maßnahme wegen Verstoß gegen die Bestimmungen des § 58 Abs. 1 bis 3 RStV	100,- bis 1.500,-
8.9	Beanstandung eines Verstoßes gegen die Bestimmungen des § 58 Abs. 4 RStV	50,- bis 1.000,-
8.10	Anordnung einer sonstigen Maßnahme wegen Verstoß gegen die Bestimmungen des § 58 Abs. 4 RStV	100,- bis 1.500,-